Platzjabbeck

Nr. 5, 20. September 2012

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Unklar ist nur noch, wen es wie hart trifft!

Die Stadtspitze hat Mitte September die ersten Umrisse des Doppelhaushalts 2013/2014 bekannt gemacht. Im Dezember soll auf dieser Basis der Entwurf des Haushaltsplanes in den Rat eingebracht werden.

Nach den aktuellen Plänen der Kämmerei soll der Haushalt um insgesamt 37 Millionen Euro gekürzt werden. Betroffen sind hiervon vor allem das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport (Dezernat IV) mit 14,3 Mio. Euro und das Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt (Dezernat V) mit 9,7 Mio. Euro. Bei welchen Projekten, Vereinen und Einrichtungen gekürzt werden soll, ist noch nicht bekannt. Die Kämmerei hat die Kürzungssummen festgelegt, und die Dezernate sollen jetzt jeweils eine Liste von Kürzungen erstellen, mit denen sie diese Summen erreichen wollen.

Um diese Vorgaben erfüllen zu können werden das Bildungsdezernat und das Sozialdezernat vor allem bei freiwilligen Leistungen streichen müssen. Darunter fallen die Zuschüsse für Ferienspielaktionen, Spielplatzpaten, freie Drogenhilfe, Bürgerzentren, Schuldnerhilfe und vieles mehr. Wen es treffen wird, das ist noch nicht bekannt. Dass es viele von diesen Projekten, Vereinen und Einrichtungen treffen wird, ist aber klar. Viele von ihnen sind in den letzten Jahren schon durch Kürzungen beschädigt worden und in vielen Bereichen spricht die Verwaltung schon jetzt von einer „generellen strukturellen Unterfinanzierung".

Freiwillige Leistungen sind die Ausgabenbereiche, zu denen die Stadt nicht ohnehin durch Landes- oder Bundesgesetze verpflichtet ist. Dennoch sind es notwendige Leistungen. Zu diesen Ausgaben haben sich der Stadtrat und die Stadtspitze über die Jahre entschlossen, weil sie bedeutsam sind.

Wenn nun der Oberbürgermeister sagt: „Nur eine Stadt, die ihre Finanzen im Griff hat, ist gestaltungsfähig" und meint,

→ **Fortsetzung Seite 2 unten**

Tausende Bescheide rechtswidrig

LINKE Rechtsauffassung setzt sich durch

Auf Grund mehrere Anfragen und Nachfragen der Fraktion DIE LINKE zur Verwaltungspraxis in Sachen Kosten der Unterkunft nach dem BSG-Urteil teilte die Verwaltung mit, dass sie das Ziel habe, die rechtswidrige Anwendung der Angemessenheitsgrenze von Jobcenter und Sozialamt rückwirkend durch Überprüfung und Nachzahlungen zu korrigieren.

Das ist eine gute Nachricht für die BezieherInnen von Sozialleistungen in Köln. Jetzt muss die Verwaltung ihr Ziel aber auch zügig umsetzen. DIE LINKE fordert jetzt eine rasche und unbürokratische Erstattung, damit die Menschen, die häufig jeden Euro einzeln rumdrehen müssen, nicht noch länger auf das ihnen zustehende Geld warten müssen. Auch im Erlass des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen wird Druck gemacht. Dort heißt es: „Die Rücknahme der betreffenden Leistungsbescheide ist bis spätestens zum 31.12.2012 vorzunehmen."

Die Stadt Köln hat, so wie die meisten Kommunen in Nordrhein-Westfalen über mehrere Jahre die Angemessenheit der Größe von Wohnungen auf einer falschen Grundlage ermittelt. Hier wurden entgegen der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht die sog. WNB-Richtlinien zu Grunde gelegt, sondern niedrigere Werte.

Mehr oder weniger durch Zwang aus Düsseldorf und auf Druck von Erwerbslosenvertretungen, sowie dem stetigen Nachhaken der Kölner Linksfraktion hat die Verwaltung unsere Rechtsauffassung bestätigt, dass Überprüfung und Erstattung auch ohne Antrag der Betroffenen durchgeführt werden müssen. Und zwar rückwirkend bis zum 01.01.2010, während bei einem individuellen Überprüfungsantrag durch die Betroffenen lediglich ab 01.01.2011 hätte nachgezahlt werden müssen.

Mit dem BSG-Urteil vom 16. Mai ist kein neuer Rechtsverhalt geschaffen worden. Es bestätigt dagegen die seit der Entscheidung vom 07.11.2006 bestehende Rechtsprechung des BSG. Somit kam es seitens der Jobcenter zu Rechtsverstößen, auf die DIE LINKE bereits frühzeitig hinwies und entsprechende Nachfragen stellte.

Unser ständiges Nachhaken bei der Sozialverwaltung hat sich gelohnt. Das ist eine Antwort mit der die Betroffenen relativ gut leben können. Wir werden den Umsetzungsprozess weiter verfolgen, damit hier nichts übersehen wird. Außerdem sollten die Betroffenen im Auge behalten, ob ihnen ihre zustehende Nachzahlung gewährt wird oder nicht.

DIE LINKE erwartet bis zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 13. Dezember die Beantwortung ihrer restlichen Fragen und damit den Nachweis, dass die Stadt Köln ihrer Verpflichtung nachkommt.

Gisela Stahlhofen, HP Fischer

Fortsetzung von Seite 1: Kitaplätze

damit die Kürzungen begründen zu können, dann täuscht er sich. Die Stadt gibt mit diesen Kürzungen den Bereich auf, den sie selbst – aus gutem Grund – so gestaltet hat! Mit der schrittweisen Reduzierung auf Pflichtaufgaben entwickelt sich die Stadt hin zum bloß ausführenden Organ von Beschlüssen, die woanders gefasst werden – auf Landes- und auf Bundesebene.

Jörg Detjen

Katzenmusik vom Streichquartett

Ausgehend von den Vorgaben der Kämmerin, 37 Mio. Euro im Haushalt streichen zu wollen, legen die die großen Ratsfraktionen noch eins drauf.

SPD, CDU, Grüne und FDP treffen sich erstmals hinter verschlossenen Türen, um im „Streichquartett" die zukünftige Kürzungsmelodie abzustimmen. Harmonisch wird der gemeinsame Auftritt wohl nicht werden, wenn man die Vorschläge der CDU näher betrachtet.

Die CDU bläst sich als Haushaltssanierer auf und buhlt um die SPD. Deren Fraktionsvorsitzender hat bereits öffentlich Kürzungen von wenigstens 50 Mio. Euro verlangt. Die Bildzeitung frohlockt bereits, sieht sie doch Anzeichen dafür, dass die Verhandlungen über den Haushalt auf eine große Koalition hinlaufen. Grüne und FDP bleibt wohl nur übrig, hierzu die Begleitmusik zu spielen. Diese Entwicklung liegt auch daran, dass sozialpolitische Fragen bei den Grünen immer weniger auf Interesse stoßen. Stattdessen wollen sie Millionen für die verkehrstechnisch unsinnige vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn aus dem Fenster werfen.

Wenn die Kölnerinnen und Kölner eine dramatische Umverteilung verhindern wollen, müssen viele aktiv werden: gegen einen sozialen Kahlschlag mit dem selbst die Kürzungen von 2003/2004 kaum zu vergleichen sein werden. Deshalb fordert DIE LINKE: Lasst uns das Streichquartett aus dem Takt bringen!

Nicht mit Kürzungen, sondern nur mit mehr Einnahmen lässt sich langfristig der Haushalt stemmen! *Jörg Detjen*

Billiglöhne bei S-Direct Marketing

Unter dem Leitspruch: „Kein Hartz 4 bei 40 Stunden guter Arbeit" demonstrierten am 06.09.2012 ca. 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der S-Direkt Marketing GmbH aus Halle für einen Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen in Köln. Die Köln-Bonner Sparkasse ist einer der größten Mandanten der Firma S-Direkt.

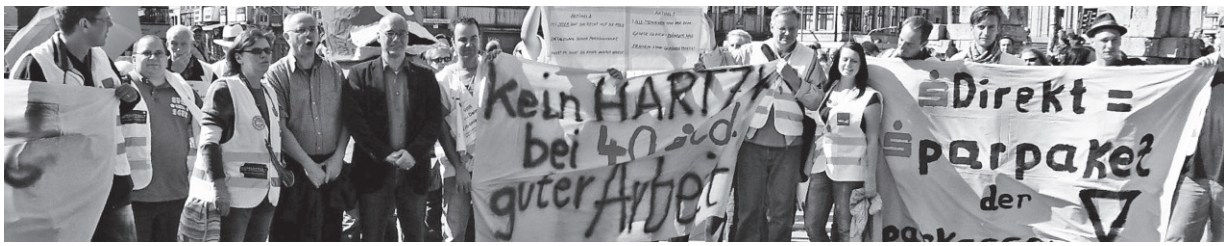
Die Callcenter-Mitarbeiter/-innen haben seit 15 Jahren keine Lohnerhöhung bekommen und arbeiten unter immer schlechter werdenden Bedingungen. Sie fordern einen Haustarifvertrag und einen Mindestlohn von 8,50 Euro, perspektivisch 9,00 Euro.

In kürzester Zeit organisierten sie sich in Gewerkschaften. Von 800 Mitarbeiter/-innen traten 400 in die Gewerkschaft ein - Tendenz steigend - und gründeten einen Betriebsrat. Jedoch war dieser Weg gar nicht so einfach. Die Geschäftsführung probierte immer wieder ihre Selbstorganisation brutal zu versperren. Die Gründung eines Betriebsrates wurde durch Drohungen und Durchführung von Kündigungen zu verhindern versucht. Doch sie blieben eisern. Unermüdlich streiken sie jetzt schon seit über acht Wochen, Respekt! Auch am heutigen Tag streiken 250 Beschäftige, von denen 50 heute in Köln protestieren. Und der Chef ist im Urlaub...

Der Kölner Bundestagsabgeordnete und rentenpolitische Sprecher der LINKEN Matthias W. Birkwald und Jörg Detjen, der Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, reihten sich solidarisch Seite an Seite neben Christa Nottebaum, Geschäftsführerin von ver.di Köln und Iris Kießler-Müller, Vorsitzende der ver.di-Betriebsgruppe aus Halle, in den Demonstrationszug der Beschäftigten.

Im Wesentlichen scheint es, dass sich die Reise nach Köln doch gelohnt hat. Im Vorfeld der Demonstration meldete sich die Geschäftsführung der Sparkasse Köln-Bonn bei Vanessa Schöneich, der Personalratszuständigen der Sparkasse Köln-Bonn von ver.di und verkündete ihre Unterstützung der Forderung nach einer Lohnerhöhung. Na, wenn das kein Erfolg ist?

Yesim Yesil-Bal



■ Mülheim

Gesamtschule? In Köln lieber nicht?

Eigentlich ließ sich die Sache ganz gut an. Die Stadtteilpolitik war sich relativ einig - PädagogInnen und Eltern waren dafür - und auch ein Förderverein trat auf den Plan, um sie zu fordern: die inklusive Gesamtschule in Dellbrück. Mit ihr bestünde endlich die Möglichkeit, dass auch in diesem Stadtteil länger gemeinsam gelernt und das Abitur abgelegt werden könnte.
Dann aber setzten die Bremsmechanismen ein. Es begann mit einem Schreiben der Schuldezernentin an die zu vereinigenden, gemeinsam im Schulzentrum am Mauspfad untergebrachten Schulen, also die Haupt- und die Realschule. Verlangt wurde, dass sowohl die Schulleitungen als auch die Schulkonferenzen ihre Zustimmung erklären - und zwar zur Schließung beider Schulen zum Zwecke des Zusammenschlusses als neue Gesamtschule.

Verlangt wurde zudem auch noch die Zustimmung der benachbarten Gesamtschulen in Holweide und Höhenberg. Die aber wären durch das Dellbrücker Projekt überhaupt nicht bedroht, weisen sie doch jährlich mehr als 100 Gesamtschulanmeldungen ab - Tendenz steigend. So weit - so unverständlich.

Noch schwerer aber wiegt eine schulrechtliche Hürde: Schulleiter und Lehrkräfte, die an der entstehenden Gesamtschule, eigentlich also auf ihrem bisherigen, nun qualitativ aufgewerteten Arbeitsplatz weiter tätig sein wollen, müssen sich neu bewerben - und mit Versetzung an andere Schulen rechnen. So will es das Landesschulrecht, das aber durch wenige Anpassungsschritte auf die künftig wohl häufiger entstehende Problematik abgestimmt werden könnte und sollte. So will es auch die Kölner Bezirksregierung, die - im Gegensatz zu anderen Bezirksregierungen in NRW - die gesetzliche Regelung möglichst rigide anwendet.

Hinzu kommt weiterhin, dass die Landesregierung es bislang verabsäumt hat, die laufbahnrechtlichen Perspektiven ehemaliger Realschulleiter im Fall solcher Neugründungen zu regeln. Diese stünden also mit kommissarischer Leitung vor einer ungewissen Zukunft.

Für die Schulbürokratie im Land und im Regierungsbezirk gilt offenbar: Gesamtschule? In Köln lieber nicht!

Oswald Pannes

Aus den Bezirken

■ Rodenkirchen

Wohnungen und Gesamtschule als Skandalopfer?

Ein satter Skandal war das Geschäft, das die Bau- und Liegenschaftsbetriebe NRW (BLB) 2008 in der Kölner Südstadt inszenierten. Sie sicherten der Gambrinus KG, einer Firma aus dem Umfeld des Adenauer-Enkels Paul Bauwens-Adenauer, zu, ihr das Grundstück der Dom-Brauerei in Bayenthal zum Preis von 33,2 Mio. Euro abzukaufen. Zu diesem Zeitpunkt war die Gabrinus KG zwar noch gar nicht im Besitz des Grundstücks. Sie erwarb es aber unmittelbar danach für 22,9 Mio. Euro. Beim dann vollzogenen Verkauf an die BLB strich die Adenauer-nahe Firma also mehr als 10 Mio. Euro Gewinn ein. Die Kölner Presse und die Justiz murrten, beruhigten sich aber rasch wieder: Von Korruption keine Spur?

Um dieses Grundstück geht es jetzt in der Frage des Baugrunds für dringend benötigte Wohnungen und für eine Gesamtschule im Kölner Süden. Die Stadt wäre begreiflicherweise nicht breit, den überhöhten Preis zu zahlen, den die Gambrinus KG erzielt hatte. Die BLB aber möchte ihr skandalöses Minusgeschäft von 2008 mit einem Verkauferlös in dieser Größenordnung vertuschen - oder eben gar nicht verkaufen.

Wenn nämlich das Land NRW das Gelände für seine Zwecke nutzen würde, wäre das Skandalgeschäft nachträglich so gut wie gerechtfertigt. Und so entstand die unselige Idee, für gigantische Summen öffentlicher Gelder auf dem Grundstück ein neues Justizzentrum, also eine Landesbehörde, zu errichten. Das erst 1981 erbaute Justizzentrum an der Luxemburger Straße wurde zu diesem Zweck kurzerhand als „marode" abklassifiziert.

Die zuständige Bezirksvertretung Rodenkirchen hat sich gegen das Projekt ausgesprochen. Wohnungs- und Schulbau wären nämlich im Fall seiner Realisierung nicht mehr möglich. Und städtebaulich wäre ein solcher toter Beton- und Glasriegel zwischen Bayenthal und der Südstadt eine Katastrophe.

Aber selbst wenn der Stadtentwicklungsausschuss und der Rat im Dezember ebenfalls dagegen votieren, bestimmen die BLB als Eigentümerin des Geländes dessen Zukunft. Diese BLB haben aber in Aachen, Jülich, Bonn etc. schon mit zahlreichen anderen Skandalgeschäften bewiesen, dass sie eher daran interessiert sind, private Investoren mit profitablen Transaktionen zu beglücken, als - wie es ihrem Auftrag als Landesbetrieb entspräche - für die Belange der Bevölkerung tätig zu werden.

Oswald Pannes

■ Kalk

Auf dem Weg zu einem guten Lebensmittelpunkt?

Was tut sich in Kalk Nord? In welche Richtung soll sich das Viertel entwickeln? Welche Ideen haben die Menschen, die in dem Stadtviertel leben und arbeiten?

Mit dem „Integrierten Handlungsprogramm Kalk Nord 2012+" soll im Kalker Norden unternehmerisches, zivilgesellschaftliches und kommunales Handeln für die kommenden Jahre auf gemeinsame Ziele verpflichtet und effektiver gestaltet werden. Das interdisziplinäre Programm wird auf Anregung der KALKschmiede* (ein Projekt der Montag-Stiftung Urbane Räume) im engen Dialog mit und zwischen Politik, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bewohnerschaft entwickelt.

Ende 2012 soll das Programm vorliegen. Dabei werden in acht Handlungsfeldern die mittel- und langfristigen Handlungsbedarfe für Kalk Nord identifiziert.

Zukünftige Investitionen – sowohl private als auch öffentliche – und die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Stadtteil sollen so organisiert werden, dass sie einer gemeinsamen Haltung folgen und Hand in Hand an einer behutsamen Entwicklung und bedarfsorientierten Stabilisierung des Viertels weiterarbeiten. Das Ziel, Kalk Nord auf dem Weg zu einem einfachen, aber guten Lebensmittelpunkt und Wohnstandort für die Bewohner zu begleiten, ist dabei die zu Grunde liegende Übereinkunft.

DIE LINKE hat dabei ihre Ziele Erhalt bezahlbaren Wohnraums und Gründung einer Gesamtschule in Kalk mehrfach und deutlich vertreten. Auf dem Gelände der ehemaligen Hauptschule Albermannstraße könnte entweder eine Niederlassung der Höhenberger Katharina-Henoth-Gesamtschule oder eine eigene (Adolph-Kolping-) Gesamtschule entstehen.

HP Fischer

■ Lindenthal

Die lange Leidenszeit der Juzi in Sülz

Vor nunmehr drei Jahren musste die „Jugend- und Kulturzentrumsinitiative im Stadtbezirk 3 (JUZI) e.V" ihr angestammtes Domizil in Sülz verlassen, weil das Gebäude dringend renoviert werden musste. Bei den Arbeiten stellte sich heraus, dass der Umfang der Renovierung viel größer ist, als ursprünglich gedacht und das bereitgestellte Geld bei Weitem nicht reicht. Die Folge war ein Baustopp von einem Jahr, bis Verwaltung und Politik bereit waren, zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen und die beschlossene Renovierung fortzusetzen.

Die Juzi hatte keinen Zugang mehr zu ihrem Gebäude. Es war ja Baustelle. Die Bauarbeiten am Hauptgebäude beschädigten das Dach eines Anbaus, sodass sich in den beiden Räumen Schimmel bilden konnte und sie nicht mehr zu nutzen sind. Die Verwaltung wollte den Anbau nun abreißen lassen, den die Juzi für ihre Arbeit für unverzichtbar hält.

Nach einem Hilferuf an die Bezirksvertretung Lindenthal wurde ein Ortstermin organisiert, der klären sollte, warum die Schäden im Anbau zwei Jahre nicht bemerkt und die Räume in dieser Zeit nicht belüftet wurden.

Die Verwaltung ließ sich Zeit. Sie konnte erst drei Wochen später an einem Ortstermin teilnehmen, organisiert aber zwischenzeitlich eine interne Besichtigung vor Ort mit den Baufirmen und der Dezernentin. Der Ortstermin mit der Bezirksvertretung Lindenthal verlief dann vergleichsweise entspannt: Von Abriss ist nicht mehr die Rede, die Verwaltung wird das Dach erneuern lassen und die Räume renovieren. So weit, so gut.

Bedingt durch die Verzögerungen und den einjährigen Baustopp kann die Renovierung nicht, wie beabsichtigt, zum Jahresende abgeschlossen werden. Zum Jahresende soll die Juzi aber die Ersatzräume verlassen...

Nach Vollendung der Bauarbeiten muss die Juzi, die psychisch, physisch und finanziell am Ende ihrer Kraft ist, den Garten wiederherstellen, Schönheitsreparaturen durchführen, als Lagerräume genutzte Nebengebäude renovieren, eine neue Einrichtung besorgen usw.

Das Ende der Leidenszeit ist noch nicht absehbar. Lothar Müller

Aus den Ausschüssen

Integrationsrat

Kein Referent für interkulturelle Kunstprojekte?

Zum 1. April dieses Jahres nahm der Referent für interkulturelle Kunstprojekte im Kulturamt ein Jahr Sonderurlaub. Im Kulturamt der Stadt gibt es nur diese eine Stelle für interkulturelle Kunst und Kultur. Auf Anfrage der LINKEN wurde dem Kulturausschuss am 13. März mitgeteilt, das Einstellungsverfahren sei im Gange und die Stelle werde schnellstmöglich besetzt.

Doch dann wurde das Einstellungsverfahren gestoppt. Der Kulturausschuss und der Integrationsrat wurden weder über diesen Vorgang noch über die Gründe informiert. Von der Nichtbesetzung der Stelle alarmiert, stellte DIE LINKE im Juni wiederum eine Anfrage zum Stand des Verfahrens und zu den Gründen der Verzögerung. Die Antwort wurde von Seiten der Verwaltung immer wieder verzögert und liegt bis heute nicht vor.

Beim Besuch des Oberbürgermeisters in der Linksfraktion wurde das Thema wieder aufgebracht. Der Oberbürgermeister stellte sich nun auf den Standpunkt, dass eine Neubesetzung für den Rest der Auszeit nicht mehr lohne und nur neubesetzt werden solle, wenn der bisherige Referent sich entscheidet, nicht auf seine Stelle zurückzukehren.

Es scheint so, als ob die Stadtspitze sich bereits im März entschlossen hat, die Stelle nicht zu besetzen und durch Verzögerungen sich selbst die nötige Begründung dafür geschaffen hat. Dem Rat und den Ausschüssen wurden derweil die Informationen vorenthalten, die eine Kontrolle und frühzeitige Korrektur ermöglicht hätten.

Sengül Senol

Jugendhilfe

Jugendpolitischer Offenbarungseid

Nun steht es fest: den Trägern der Kölner Kinder- und Jugendarbeit werden für das laufende Jahr Haushaltsmittel lediglich in der Höhe des Vorjahres gewährt. Damit ist klar, dass die Träger der Einrichtungen die diesjährigen Tariferhöhungen in vollem Umfang selbst tragen und wieder einmal entsprechende Kürzungen bei Programm- und Personalkosten vornehmen müssen.
Die hohen Ansprüche der Verwaltung an Kinder- und Jugendarbeit erweisen sich so als nicht länger haltbar. In der 2011 verabschiedeten „Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung“ war erstmals ein deutlicher Akzent auf die Vernetzung von Jugendarbeit und Schule gelegt worden. Viel intensiver als zuvor sollte Jugendarbeit fortan außerschulische und ergänzende Erziehungsfunktionen übernehmen, als Kooperationspartner und Dienstleister Betreuungsprojekte anbieten und sich mit eigenständigen Bildungsorten profilieren.
Zudem soll Jugendarbeit inklusiv werden. Wie es die in Deutschland rechtsverbindliche UN-Benachteiligtenrechtskonvention fordert, soll also auch Jugendarbeit verstärkt und gezielt auf die fördernde Einbeziehung behinderter und benachteiligter Kinder und Jugendlicher abheben.

Mit beiden Arbeitsfelderweiterungen, also in Bezug auf Schule wie auch auf Inklusion, sind natürlich erhebliche Aufgabenzuwächse verbunden. Damit werden zusätzliche Arbeitsplätze und deren Finanzierung erforderlich. Dies hat grundsätzlich auch das zuständige Dezernat IV der Stadtverwaltung erkannt. In seiner Antwort auf eine Anfrage der LINKEN im Jugendhilfeausschuss wird für das laufende Jahr ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von 1,9 Millionen Euro zugegeben. Weiter heißt es dann aber lapidar: „Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2012 nicht zur Verfügung“ - eine Aussage, die jetzt der Haushaltsplan 2012 mit konkreten, und zwar auf bisherigem Niveau verbliebenen Zahlen bestätigt.

Diesen jugendpolitischen Offenbarungseid leistet sich eine Stadt, die hohe Millionenbeträge für großenteils überdimensionierte Masterplanprojekte - z.B. 18 Mio. Euro für den Rheinboulevard Deutz - vorsieht. Wenn nun für eine solche Prioritätensetzung Kinder- und Jugendarbeit erneut zurückgefahren werden soll, dann wird damit eine gewaltige Schieflage der Kölner Haushaltspolitik sichtbar. Noch unterstrichen wird diese Schieflage mit der Tatsache, dass bei der zurzeit laufenden zusätzlichen Kürzungsaktion der Haushalt für Bildung, Jugend und Sport um weitere 14,3 Mio. Euro schrumpfen soll - also mit Abstand am drastischsten, während die Kürzungen bei allen anderen Dezernaten im einstelligen Millionenbereich liegen!

Oswald Pannes

Sport

Kölner Sportstätten GmbH - Obskure Stadionsanierungen

In diesem Jahr hat die Kölner Sportstätten GmbH die Plätze der beiden Viertligisten Fortuna und Viktoria (Südstadion und Höhenbergstadion) mit mehr als 3 Mio. Euro modernisiert. Angesichts drastischer Kürzungen im Haushalt konnten sich die Kölner Bürger sinnvollere Investitionen vorstellen. Lediglich 13 Prozent waren laut einer KStA-Umfrage für die Modernisierungen.
Zu Grund und Nutzen der Maßnahmen gab es im Vorfeld widersprüchliche Verlautbarungen. Zunächst wurde davon gesprochen, dass die Stadien Profifußballtauglich gemacht würden, nun heißt es, es seien lediglich die Auflagen des Fußballbundes zur Herstellung der Viertligatauglichkeit erfüllt worden. Dazu sollte man wissen, dass der DFB die Maßgaben für die Stadien der 4. Liegen gegenüber den Vorjahren erheblich gelockert hat.
Einen befriedigende Antwort darauf, was aufgrund welcher Auflagen denn eigentlich in den Stadien verbessert worden ist, konnten die Sportstätten auf eine Anfrage der LINKEN nicht geben. Wenn man die belegten Bau-Kosten zuordnet, dann ergibt sich ein Betrag von einer knappen Million, bei dem überhaupt nicht deutlich wird, wo die eigentlich hin ist. Seit Jahren erhält die Kölner Sportstätten GmbH von der Stadt Köln einen Verlustausgleich zwischen 7 und 10 Millionen Euro. Da muss transparenter werden, weswegen und wofür das viele Geld eigentlich eingesetzt wird.
Einen Satz noch zur Fortuna: Die stellt sich laut Sportstätten einen VIP-Raum samt Sonderparkplätzen für 170.000 Euro aufs Stadiongelände. Dafür müsste der Verein sämtliche Zuschauereinahmen der Hinrunde hinblättern. Na, das sind ja mal Prioritäten!

Felix Schulte

Gesundheit

Sperrgebietserweiterung gut für Anwohner, schlecht für Prostituierte

Im Mai letzten Jahres ist das Sperrgebiet in Meschenich erweitert worden. Im Sperrgebiet ist Prostitution verboten oder nur zu bestimmten Zeiten erlaubt. AnwohnerInnen hatten sich über die Präsenz von zwei Gruppen von Prostituierten beschwert. In Wohngebiet Meschenich prostituierten sich schwer drogenabhängige Frauen, um ihre Sucht zu finanzieren. In der zum Industriegebiet gehörigen Brühler Landstraße, Robinienweg und dem Wasserwerkswäldchen gingen vor allem aus Rumänien und Bulgarien stammende Frauen auf dem Straßenstrich Armuts- (und Zwangs-?) prostitution nach. Eine wissenschaftliche Untersuchung beschäftigte sich nun mit den Folgen der Sperrgebietserweiterung.

Das Ziel, Anwohner vor Belästigung zu schützen, wurde erreicht. Für die überwiegend osteuropäischen Sexarbeiterinnen im Industriegebiet hat die Sperrgebietserweiterung die Situation verschlechtert. Sie dürfen nun nur am Abend anschaffen. Dann sind sie schwerer für Beratungs- und Unterstützungsangebote durch Sozialarbeiterinnen erreichbar, sie sind schlechter vor gewalttätigen Freiern geschützt und immer mehr Zuhälter versuchen, auf dem Straßenstrich Fuß zu fassen.

Hier fehlen Beleuchtung, Notrufsäulen, Toiletten, Mülleimer, Sozialarbeiterinnen, die rumänisch oder bulgarisch sprechen, sowie eine verstärkte Präsenz von Kräften, die ein Mindestmaß an Sicherheit für die Frauen gewährleisten können. Doch dazu wird es wahrscheinlich nicht kommen. CDU und SPD sehen laut Studie keinen weiteren Handlungsbedarf. Inwieweit das dem Unwillen, mehr Geld auszugeben, geschuldet ist, sei dahingestellt.

Bei den drogenabhängigen (deutschen) Prostituierten, die in Meschenisch selbst wohnen, wird dagegen Handlungsbedarf gesehen. Hier bleibt im Interesse zu hoffen, dass die Verwaltung den Vorschlägen folgt, das Geschehen in den Bereich „Am Eifeltor“ zu verlegen, wo ohne großen Aufwand eine gut erreichbare und halbwegs sicherer Platz zum Anschaffen etabliert werden kann.

Uschi Röhrig

Hauptausschuss

Konsolidierung der Opernfinanzen durch Abbau einer Stelle

Im Hauptausschuss am 27. August wurde die fristlose Entlassung des bisherigen Opernintendanten Laufenberg beschlossen. Damit hätte das Elend ein Ende haben können, doch die CDU gelüstete nach einer Zugabe und so focht sie die Rechtmäßigung der Ausschusssitzung an, weil die Einladung zwei Minuten (!) zu spät eingegangen war. Wie zu erwarten, war auch dieser letzte Versuch, Laufenberg zu retten, nicht von Erfolg gekrönt.

Im Nachgang wurde die fristlose Kündigung zurückgenommen zugunsten einer einvernehmlichen Aufhebung des Vertrages zwischen der Stadt Köln und dem ehemaligen Intendanten ihrer Oper. Dies mag man aufgrund des Theaters bedauern, das Herr Laufenberg außerhalb seines Hauses in den letzten Jahren aufgeführt hatte (am Theater innerhalb seines Hauses gibt es dagegen keinen Grund zur Beschwerde!), letztlich jedoch profitiert die Stadt von dieser Regelung. Sie bietet dem Haus und der neuen Intendantin die Sicherheit und die Ruhe, die sie zur Neuaufstellung benötigen.

Zudem entlastet diese Regelung den Haushalt der Bühnen und damit letztlich den der Stadt. Zwar hat Herr Laufenberg eine Abfindung von 210.000 Euro erhalten, die der Stadtkasse zur Last fallen – doch hatte er bislang noch jedes seiner Jahresbudgets um zweieinhalb bis dreieinhalb Millionen Euro überzogen.

Mit dem Einsatz von einer Menge Geld die zehnfache Summe zu sparen, das dürfte doch den Prinzipien der wirkungsorientierten Haushaltsführung entsprechen, die die Stadtverwaltung derzeit einzuführen plant!

Jörg Detjen, Wilfried Kossen

Oberbürgermeister Roters diskutiert mit Fraktion
Am 5. September kam Oberbürgermeister Roters einer Einladung der Fraktion nach und diskutierte mit den Mitgliedern des Mittwochskreises, der erweiterten Fraktionssitzung. Einig war man sich in dem Wunsch nach einem würdigen Gedenken an die Opfer des rechtsextremen Nagelbombenattentats in der Keupstrasse. Beim Thema Haushalt war es mit der Einigkeit allerdings schnell vorbei. Die Vorschläge des Oberbürgermeisters zum eventuellen Verzicht auf künftige Großprojekte wie die Bundesgartenschau konnten viele Anwesende zwar unterstützen, die Einsparvorstellungen von fast 25 Mio. im Sport, Bildung und Soziales dagegen aber nicht.

Nachhaltigkeit ernst nehmen, Bürgerdialog stärken!

Der Rat der Stadt Köln hat Ende Juni des Jahres mehrheitlich gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen, aus dem KölnAgenda-Verein auszutreten und ab 2013 die Zahlung des Mitgliedsbeitrags einzustellen. Darüber hinaus hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Zuschuss für die projektorientierte Arbeit und die Geschäftsstelle des kommunalen Nachhaltigkeitsvereins ersatzlos zu streichen. Wer nachhaltige Entwicklung in Köln ernst nimmt und die „Abwicklung“ der KölnAgenda nicht kommentarlos hinnehmen will, sollte den Aufruf „Nachhaltigkeit ernst nehmen, Bürgerdialog stärken!“ unterstützen!
www.koelnagenda.de

Museumsbesuch bleibt für KölnPass-Inhaber kostenlos

Am 1. Juli wurden bei den städtischen Museen die Preise erhöht. Der Besuch der ständigen Ausstellungen allerdings bleibt für Inhaber des KölnPasses kostenlos. Das war ein Anliegen der LINKEN. Denn Kulturbesuche dürfen nicht vom Einkommen abhängig sein. Auch Geringverdiener, Menschen mit geringer Rente und andere Menschen mit wenig Geld müssen sich einen Museumsbesuch leisten können.

DIE LINKE wirkt weiter auf einen Ausbau der Leistungen des KölnPasses und eine Erweiterung des Berechtigtenkreises hin.

Gisela Stahlhofen

Tag der Wohnungspolitik
Heidrun Bluhm, MdB zu Gast in Köln

5,6 Millionen Sozialwohnungen fehlen in Deutschland. Nur 7% der Wohnungen in Köln sind Sozialwohnungen, doch 45% der Kölner Haushalte haben einen Anspruch auf eine solche. Diese Zahlen zeigen die Notwendigkeit, die Wohnungspolitik zu einem Schwerpunkt LINKER Politik zu machen. Deshalb lud die Linksfraktion im Rat der Stadt Köln am 7. September zu einem Thementag zur Wohnungspolitik ein.

Schöner Wohnen geht anders: Verwahrloste Grünfläche in Chorweiler

Mittags hat sich eine Delegation ein Bild von der Situation in Köln-Chorweiler gemacht. Am Abend wurde im Rathaus über die Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnungsbaus diskutiert.

In Chorweiler gab es für Politiker der LINKEN und weitere Interessierte eine sehr fachkundige Führung durch die Leiterin und Mitarbeiter des Sozialbüros der katholischen Kirche. An ihr nahmen u. a. Heidrun Bluhm, Bundestagsabgeordnete, Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln und Dieter Wernig, Bezirksvertreter in Chorweiler, teil.

Bei der Besichtigung der Hochhäuser wurde sehr schnell deutlich in welch unterschiedlichem Zustand die Häuser sind. In den Häusern, die in Besitz der Finanzspekulanten sind, herrschen katastrophale Zustände. Augenscheinlich sind Brandschutz, Müllentsorgung, Aufzüge und der Allgemeinzustand nicht in Ordnung. Auf Mängelanzeigen reagieren die Besitzer aus Australien und anderen entfernten Ländern in der Regel nicht.

Nicht ganz so schlecht sieht es in den zwangsverwalteten Häusern aus. Dort mache die Zwangsverwaltung zumindest das Nötigste. Wie gut Großsiedlung funktionieren kann, beweist die Saale Wohnungsbau Gesellschaft. Die Häuser, die dieser Gesellschaft gehören, sind in einem guten Zustand und die Bewohner fühlen sich wohl. Es gibt Hinweise, dass sich die Stadt, die GAG und die Saale Wohnungsbau in das Bieterverfahren für die zur Versteigerung anstehenden Häuser einbringen wollen. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Bei dem Rundgang konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer davon überzeugen, dass die Infrastruktur im Stadtteil weitgehend in Ordnung ist. Es gibt neben der sehr guten Anbindung im öffentlichen Personennahverkehr ein gut sortiertes Einkaufszentrum, Schulen, Kitas, ein Bürgerzentrum, ein Hallenbad und das Naherholungsgebiet Fühlinger See. Die Infrastruktur im Stadtteil bietet gute Voraussetzungen, eine Siedlung vorzuhalten, die eine gute Lebensqualität bietet. Die Politik ist nun am Zug, dafür Sorge zu tragen, dass alle Hochhäuser in Chorweiler verantwortungsvolle Besitzer erhalten. Nur dann hat Chorweiler gute Zukunftssaussichten. Chorweiler muss in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Kölner Kommunalpolitik sein.

Bei der Diskussion im Rathaus saßen Heidrun Bluhm und Hans Peter Juretzki auf dem Podium. Bluhm ist Mitbegründerin der Wohnungsbaugenossenschaft FAIRWOHNEN i.G., die sich gegründet hat, um sich bei der Versteigerung von 11.500 Wohnungen im Osten des Landes zu beteiligen. Hans Peter Juretzki ist Vorstandsmitglied der Kölner Gartensiedlung e.G. Der Kölner Genossenschaftler hat berichtet, dass 120 Kölner Wohnungsgenossenschaften 44.000 Wohnungen vorhalten. In diesen Wohnungen leben meist sehr zufriedene Genossen. Die Mietpreise in den Genossenschaften sind sehr günstig, mit dem „normalen Markt“ kaum zu vergleichen. Oft können die Mitglieder der Genossenschaften auf den Mietpreis Einfluss nehmen, in dem sie beispielsweise mitentscheiden, ob eine Sanierung vorgenommen wird oder nicht. Oft lebten mehrere Generationen bei einer Genossenschaft, da der Mietvertrag vererbt werden kann. Sorge bereitet den Wohnungsgenossenschaften die Individualisierung der Mieter. Zu selten engagieren sich die Bewohner in der Genossenschaft. Genau das Engagement ist aber ein zentraler Gedanke in den Genossenschaften.

Heidrun Bluhm berichtete von den Bemühungen der FAIRWOHNEN i.G., in das Bieterverfahren der 11.500 Wohnungen zu gelangen, die noch heute im Besitz einer Treuhandtochter sind. Die von LINKEN Bundestagsabgeordneten gegründete Genossenschaft wurde mit der Begründung abgelehnt, dass diese Genossenschaft noch keine Erfahrung in der Wohnungswirtschaft habe. Ein fadenscheiniges Argument, denn es sind auch mehrere Finanzspekulanten zugelassen, die ebenfalls keine Erfahrung haben, bzw. in der Vergangenheit nachgewiesen haben, dass sie sich nicht um ihren Wohnungsbestand kümmern. Der Großteil der Mieter würde den Ankauf durch die Genossenschaft begrüßen. Das ergab eine Reihe von Veranstaltungen mit den aktuellen Mietern. Es hat den Anschein, dass die Treuhand die Wohnungen aus ideologischen Gründen und Profitinteressen an einen Spekulanten verkaufen will. Eine Klage auf Zulassung im Bieterverfahren kann sich die Genossenschaft nicht leisten, da der Streitwert des Gerichtsverfahrens bei circa 500 Mio. Euro liegt.

Trotz aller Schwierigkeiten: Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer aus dem Plenum, dass FAIRWOHNEN i. G. ein ermutigendes Beispiel gerade auch für Köln sein kann. Mit kreativen Ideen und einem langen Atem muss Druck von unten aufgebaut werden. Nur so wird es gelingen, eine Wohnungspolitik umzusetzen, von der vor allem die Menschen etwas haben, für die Wohnungen Lebensmittelpunkt und nicht Renditeobjekte sind.

Michael Weisenstein

„Wenn wir anfangen Rechtsradikalismus als ‚normal' zu empfinden, haben wir bald auch wieder 1933…"

Interview mit Bert Bronisz, Bezirksvertreter der LINKEN für Rodenkirchen

Bert, seit einer Weile stehst Du im Fokus der Kölner Neonaziszene. Vor ein paar Tagen hat ein anonymer Anrufer den Versuch gemacht Dich einzuschüchtern. Wie verlief der Anruf?

Bert Bronisz: Der Anruf kam am Sonntag gegen 14 Uhr mit unterdrückter Rufnummer. Der Anrufer fragte, ob er mit Herrn Bronisz sprechen würde. Als ich dies bejahte, sagte er dann sogleich: „Hier sind die Nationalen Sozialisten. Sie stehen unter Beobachtung. Dies ist eine politische Mitteilung."

Das war aber nicht die erste Drohung gegen Dich?

Bert Bronisz: Richtig! Die Drohungen fingen eigentlich schon kurz nach der Kommunalwahl 2009 an, als anonyme sms mit Morddrohungen auf mein Handy geschickt wurden. Diese habe ich ignoriert, was ich aus heutiger Sicht selbst als Fehler betrachte. Als ich dann die Karte meines Handys auslaufen ließ und eine neue Karte mit neuer Rufnummer verwendet habe, war dann auch zunächst einmal Ruhe. Erst seit kurzem fängt der Terror wieder an. Im Juni mit den Hakenkreuzschmierereien und der Warnung: „Wir kriegen dich B." Ende Juli wurde meine Internetseite gehackt, wobei ich hier allerdings nicht eindeutig belegen kann, ob dies auch der rechten Szene zuzuordnen ist. Hier stehen die Ergebnisse des Staatsschutzes noch aus.

Es hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass staatliche Stellen die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, nicht Ernst nehmen. Welchen Eindruck hast du in Deinem Fall?

Bert Bronisz: Der Eindruck ist schwer zu schildern. Einerseits wissen wir ja, dass eben die Behörden die Gefahren entweder nicht sehen wollten oder ganz einfach unterschätzt haben. Andererseits war in meinem Fall die Polizei im Juni sehr schnell vor Ort und ich hatte den Eindruck, dass der ermittelnde Beamte die Angelegenheit durchaus ernst genommen hat. Dennoch bin ich zwiespältig. Denn nach dem ich auf der Polizeiwache Rhöndorferstraße Anzeige erstatten wollte, hieß es dort zunächst, es würde keine Straftat vorliegen. Erst als ich am Montagmorgen bei der Staatsanwaltschaft angerufen habe, kam die Sache wieder ins Rollen.

Beobachtest Du Veränderungen beim Auftreten der Neonazis in Zollstock in der letzten Zeit?

Bert Bronisz: Die Neonaziszene agiert hier sehr vorsichtig, aber bestimmt. Dies erkennt man ohne Zweifel an der deutlichen Zunahme der rechtsradikalen und rassistischen Aufkleber. Außerdem wurden hier auch schon „Schießübungen" abgehalten. Im Gegensatz zu anderen Stadtteilen, wo z.B. gegen Moscheen demonstriert werden, gehen die Rechten hier eher vorsichtig vor und beschränken sich z. Zt. auf Schmierereien und das Kleben von fremdenfeindlichen Parolen, sowie auf Bedrohungen gegen Bürgerinnen und Bürger. In einem Gespräch, das ich vor einigen Wochen im NS-DOK hatte, kamen wir auch zu dem nicht unberechtigten Schluss, dass Zollstock ein „Rückzugsgebiet" der Neonaziszene ist. Von hier aus werden übrigens auch bundesweite Aktionen geplant und durchgeführt.

„Seit einiger Zeit wird unser Kollege Berthold Bronisz von einer rechtsextremen Gruppierung, die sich „Nationales Sozialisten" nennt, bedroht und verfolgt. Wir erklären uns solidarisch mit ihm und stellen uns gemeinsam gegen solche undemokratischen Umtriebe."

Bezirksvertretung Rodenkirchen

Wie reagieren die Zollstocker auf die Bedrohung des Zusammenlebens durch die Rechten?

Bert Bronisz: Als ich im Juni den Infostand gegen Rechts in Zollstock durchgeführt habe gab es erstaunlich viel Zuspruch für meinen Infostand. Die Gefahr ist in Zollstock nicht unbekannt, aber leider, – wie ich sagen muss –, auch dem Alltagsleben zugehörig. Dies finde ich höchst gefährlich, denn Rechtsradikalismus darf nicht als Normalität empfunden werden, sondern man muss ihm entschieden entgegentreten. Wenn wir anfangen Rechtsradikalismus als „normal" zu empfinden, haben wir bald auch wieder 1933 ...

Wie könnten die Zollstocker gegen die rechte Szene vorgehen? Gibt es Ansätze hierzu?

Bert Bronisz: Derzeit bin ich dabei, die Idee eines „Bündnisses gegen Rechts", wie es das ja auch in anderen Stadtteilen gibt, anzustoßen. Diese Idee wurde durchweg positiv aufgenommen und in Kürze werden Einladungen an verschiedene Institutionen und Personen verschickt, um erste Gespräche zu führen, wie ein solches Bündnis umgesetzt werden kann. Die Politik als solche kann dabei nur „verzahnt" werden, der Wille mitzumachen muss von den Bürgern kommen ...

Wir dürfen nicht vergessen was in den letzten Jahrzehnten passiert ist. Ich finde es schrecklich, wenn man heute nicht mehr weiß, was in den oben genannten Städten passiert ist, was in den letzten zehn Jahren geschah. Es genügt nicht, wenn man ein paar Wochen betroffen ist und danach dann doch alles wieder in Vergessenheit gerät. Wer von den heute 20-jährigen weiß denn schon, was damals passiert ist?

Menschen standen dabei und taten nichts. Und das gab es schon einmal.

Doppelte Repression gegen die Opfer der Keupstraße

Ende August fand in der Keupstraße in Mülheim eine interessante Veranstaltung statt. Thema war die Art und Weise, in der die Opfer des NSU-Anschlages in der Keupstraße bisher behandelt wurden. Nach zweistündiger Diskussion waren sich die 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig: Es muss noch viel getan werden, denn an einer ausreichenden Opferentschädigung und Opferberatung fehlt es bis heute. An der Bündnisveranstaltung nahmen auch zwei Ratsmitglieder von SPD und LINKE teil.

Wenige Tage später empfingen Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages im Kölner Polizeipräsidium in Anwesenheit des Oberbürgermeister Roters und des Polizeipräsidenten Albers Opfer des Nagelbomben-Anschlages. Nach Zeitungsberichten haben mehrere Opfer konkret und eindringlich ihre Erfahrungen geschildert, wie sie als Opfer nach dem Anschlag von Polizei und Sicherheitsbehörden als Täter behandelt wurden. Bis heute leiden viele daran oder verdrängen es, aber irgendwann kommt alles wieder hoch.

Fachleute gehen davon aus, dass spätestens bei Beginn des Prozesses gegen die NSU das Thema für alle Opfer, auch die aus der Keupstraße und der Probsteigasse, wieder im Mittelpunkt steht.

Auch wenn die Opfer bisher 5.000 bis 12.000 Euro Entschädigung erhalten haben, löst das nicht deren Probleme. Der Schaden ist nicht mit Geld gut zu machen. Es ist auch die Aufgabe der Kölner Stadtgesellschaft, die Würde für diese Menschen wieder herzustellen und ihnen Anerkennung und Respekt zu verschaffen. Das muss die Aufgabe aller demokratischen Kräfte werden. Und dazu müssen nicht nur weitere Aktivitäten entwickelt werden. Wichtig ist auch, dass Hilfe schnell kommt, damit sich die Erfahrungen nicht (noch stärker) zu einem Trauma für die Beteiligten entwickeln.

Jörg Detjen

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Jugendarbeit verkehrt

Nach 34 Jahren wird der Jugendtreff Escherclub nun nicht mehr als regelmäßig geöffnete Institution gefördert, sondern durch verschiedene Projekte finanziert. Das bedeutet reduzierte Öffnungszeiten und geänderte Angebote, auch das langjährige Personal muss den Club verlassen, nachdem er ein sozialpädagogisches Erfolgsmodell geworden ist, in dem die Jugendlichen in hohem Maße mitbestimmen, zupacken und sich verantwortlich fühlen.

Der Träger des Clubs, die stadtnahe Jugendzentren Köln gGmbH (JugZ), steht vor einem Defizit von 300.000 Euro. Die Schließung des Clubs ist zwar vom Tisch, die drastischen Qualitätseinbußen werden den Club trotzdem zu einer ganz anderen Einrichtung machen.

Die Stadt Köln erhöht den Jugendhilfeetat nicht um die diesjährigen Tariferhöhungen der JugZ-Beschäftigten. Nach den heftigen Zuwendungskürzungen der früheren Landesregierungen sind die Reserven der Träger von Jugendeinrichtungen aufgezehrt, so dass der diesjährige Ausfall nicht mehr zu verkraften ist. In letzter Zeit haben die Einrichtungen außerdem zusätzliche weitere Aufgaben bei der Kooperation mit Schulen übernehmen müssen.

Die Geschäftsleitung der JugZ sollte ihre Pläne noch einmal überprüfen. Mit ihren 22 Einrichtungen muss eine Verteilung des Einsparbrucks möglich sein, die den Escher Club geringer trifft.

Die vorenthaltene Tariferhöhung wird auch die anderen Kölner Trägern treffen. Hier muss die Stadt Köln zukunftsorientierte Haushaltspositionen wie Jugend und Bildung mit höchster Haushaltspriorität versehen, statt auf Biegen und Brechen überdimensionierte Bau- und Gestaltungsprojekte durchzuziehen.

Darüber hinaus geht es aber auch darum, die Verteilung der Bundes- und Landesmittel zu Gunsten der kommunalen Ebene umzuorientieren. Einer solchen Zielsetzung aber steht wohl die neoliberale Doktrin des systematischen Eindampfens öffentlicher Ausgaben entscheidend im Wege.

Oswald Pannes

Von wegen Rentnerpartei: LINKER Nachwuchs auf dem Sommerfest. Am 1. Septemer feiert DIE LINKE mit 200 Mitgliedern und Gästen im Bürgerzentrum Ehrenfeld ihr 5-jähriges Bestehen.

Oper? Welche und warum?

Hat Oper eine Bedeutung für die Stadtgesellschaft und, wenn ja, welche?
Brauchen wir eine Oper? Und wenn ja: Welche soll es sein?
Was ist gute Oper und wie ist sie möglich in Zeiten knapper Kassen?
Es diskutieren mit dem Publikum:
Dr. Birgit Meyer, Opernintendantin Köln
Stefan Rosinski, Geschäftsführer des Volkstheaters Rostock
Andreas Hupke, Personalrat Bühnen Köln
Moderation: Monika Blankenberg, Kabarettistin und für DIE LINKE im Kulturausschuss der Stadt Köln
Zeit: 7.11. um 19:00 Uhr
Ort: Wird noch bekannt gegeben
Eine Veranstaltung der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Termine... Termine... Termine...

Mo, 1.10., 17-19 Uhr
AK Umwelt

Do, 11.10., 18-20 Uhr
AK Hartz IV/Soziales

Do, 18.10., 20-22 Uhr
AK Wirtschaft

Mo, 22.10., 18/20.00 Uhr
AK Gesundheit & Behindertenpolitik

Do, 25.10., 18-20 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien

Do, 25.10., 18-20 Uhr
AK Jugend und Schule

Di, 6.11., 16.30-18.30 Uhr
AK Stadtentwicklung

Mi, 7.11., 19 Uhr
Opernworkshop
Ort wird noch bekannt gegeben

Alle Termine finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Fraktion statt.

Wir drucken auf Recyling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtline produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.